

## **Agrarressort soll EUR 100 bis 150 Mio. einsparen**

Koalition uneins über notwendige Einschnitte

(aiz.info). - In Deutschland verlangt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble von seinen Ministerkollegen Einsparungen in Milliardenhöhe. Auch das Landwirtschaftsressort wird einen Beitrag nicht vermeiden können.

Um die Schulden der öffentlichen Haushalte zu begrenzen, fordert Schäuble noch im laufenden Jahr eine Minderausgabe von EUR 3 Mrd. Von dieser Summe sollen dem Vernehmen nach zwischen EUR 100 Mio. und EUR 150 Mio. auf den Agraretat entfallen. Ein Sprecher von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner wollte diese Zahlen heute weder bestätigen noch dementieren. Klar ist jedoch, dass im Agrarressort nach Sparmöglichkeiten gesucht wird. Aigner will zur Kabinettsklausur am 06. und 07.06. in Meseburg ein Gesamtpaket vorlegen. Eine Vorfestlegung auf bestimmte Einzelmaßnahmen lehnt die Ministerin ab.

In den Koalitionsfraktionen wird jedoch bereits darüber gestritten, wo Einschnitte möglich sind. Die CDU/CSU-Fraktion brachte Einsparungen an der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ins Gespräch. Für die Gemeinschaftsaufgabe stehen EUR 700 Mio. im Landwirtschaftshaushalt des Bundes. Diese Fördermittel müssen von den Bundesländern kofinanziert werden. Einige Länder haben jedoch Schwierigkeiten, das dafür notwendige Geld aufzubringen. Daher sind Einsparungen in diesem Bereich denkbar.

Der kleine Koalitionspartner FDP plädiert hingegen dafür, die erst zu Jahresbeginn eingeführte Kuhprämie von EUR 21,- zu streichen. Sie ist Teil des insgesamt EUR 425 Mio. umfassenden Sonderprogramms Landwirtschaft. Mit diesem Programm soll die Milcherzeugung auf Grünland unterstützt werden, die 2009 unter dem besonders niedrigen Erzeugerpreis gelitten hat. Inzwischen steigen die Preise jedoch wieder, sodass die FDP-Abgeordnete Christel Happach-Kasan einen Verzicht auf die Prämie für möglich hält, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu gefährden.

Bestandteil des Sonderprogramms ist auch eine Aufstockung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung auf insgesamt EUR 300 Mio. im laufenden Jahr. Dieser Zuschuss ist besonders gefährdet, weil die Regierung ihn ohne Gesetzesänderung verringern kann. Der Großteil des Agrarstats von EUR 5,8 Mrd. ist hingegen durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden. Der Finanzminister kündigte an, für die kommenden Jahre noch härtere Sparmaßnahmen zu verlangen.